



Foto: Adobe Stock/fraudiana

Beim Thema Wind war Fuchstal in Bayern sehr früh dabei. Mehr noch: Mit ihrem erneuerbaren Energiemix kann die Gemeinde voraussichtlich bis 2030 energieautark sein.

Bürgerbeteiligung

Tipps für windige Zeiten

Anfangs wurde Windkraft in Fuchstal nicht gerade stürmisch begrüßt – aber inzwischen bekommt die südbayerische Gemeinde für ihre Beiträge zum Ausbau erneuerbarer Energien viel Aufmerksamkeit. Was andere Kommunen von den Fuchstaler Erfahrungen lernen können, erklärt Bürgermeister Erwin Karg.

Wie kam es, dass sich Fuchstal auf den Weg in die erneuerbaren Energien gemacht hat?

Erwin Karg: Das begann nach Fukushima, als in Deutschland – und auch in Bayern – die Parole ausgegeben wurde, dass wir auf erneuerbare Energien umrüsten müssen. Der Einstieg waren die Windräder. Zunächst wurden wir dazu von übergeordneter Ebene verdonnert, weil unsere Gegend wenig dicht besiedelt ist und weit genug entfernt von Bergen, Flug-

plätzen und anderen einschlägigen Hinderungsgründen. Wir haben dann einen Teilflächennutzungsplan erstellt, der vorgibt, wo Windräder gebaut werden können, damit sie nicht überall im Gemeindegebiet hingestellt werden.

Waren in Fuchstal alle von den Windrädern begeistert?

Karg: Nein, es gab die üblichen Einwände, unter anderem: Rotmilan, Infra-



Foto: Ponschab + Partner

ZUR PERSON

Erwin Karg (parteilos) ist seit 2002 Erster Bürgermeister in Fuchstal (Bayern, 4200 Einwohner).

schall oder Schlagschatten. Es wurden Unterschriften gesammelt, und es wurde Stimmung gegen die Windräder gemacht.

Wie wurde über das Vorhaben informiert?

Karg: Die Kritiker haben Flugblätter verteilt und zu Veranstaltungen eingeladen, zu denen hauptsächlich Windkraftgegner kamen. Die Gemeinde hat ebenfalls informiert und eine Fahrt zu einer bereits bestehenden Windkraftanlage in Zöschingen gemacht. Da waren dann überwiegend Befürworter dabei.

2014 wurde die Diskussion dann aber mit einem Bürgerentscheid beendet.

Karg: Es gab sogar zwei Bürgerentscheide gleichzeitig. Einen, der von den Gegnern durch ein Bürgerbegehren veranlasst war und ablehnenden Charakter hatte. Und einen, der vom Gemeinderat initiiert wurde und die Planung der Windräder unterstützte. Interessanterweise fanden beide Anträge eine Mehrheit. Aber der Antrag der Gegner war so formuliert, dass die Planungen fortgesetzt werden konnten.

War das Ergebnis knapp?

Karg: Ja – ohne das ergänzende Ratsbegehren wäre das Vorhaben gescheitert.

Und ich bin mir sicher, dass das Ratsbegehren nur deshalb eine Mehrheit gefunden hat, weil die Entscheide gleichzeitig mit der Europawahl stattgefunden haben. Ohne Europawahl wäre die Beteiligung viel niedriger ausgefallen, und die Gegner hätten vermutlich eine Mehrheit gehabt.

War der Bürgerentscheid aus Ihrer Sicht hilfreich?

Karg: Letztlich ja, aber ein Bürgerentscheid bringt auch sehr viel Konfrontation und Unruhe in die Gemeinde. Die Meinungsbildung läuft nicht immer sachlich, da wird gerne übertrieben und polarisiert. Es wurde zum Beispiel behauptet, es sollen 50 Windräder gebaut werden. Tatsache war, dass zusammen mit der Nachbargemeinde zehn bis 15 Windräder angestrebt waren und dafür 50 mögliche Standorte vorgeschlagen wurden. Das ist schon ein Unterschied, aber wenn Zahlen einmal im Raum sind, kriegt man die nicht mehr weg. Insgesamt bindet ein Bürgerentscheid sehr viele Ressourcen und kostet Nerven – aber der Vorteil war, dass danach die Sache erledigt war.

Demnächst werden viele Gemeinden in Bayern vor der Herausforderung stehen, Windräder auf ihrem Gemeindegebiet zu planen. Wie sollen die Ihrer Meinung nach vorgehen?

Karg: Wenn die Planungen für die Windkraft-Vorranggebiete auf dem Tisch liegen, muss ich mir als Gemeinde Gedanken machen, ob und wie ich die in Frage kommenden Flächen sichern kann. Wenn das die Gemeinde nicht tut, machen das Investoren.

Würden Sie empfehlen, die Bürger am Ertrag der Windkraft zu beteiligen?

Karg: Ja, denn wenn die Bürgerinnen und Bürger auch finanziell von der Sache profitieren, fällt die Zustimmung erheblich leichter, als wenn Windräder hingestellt werden, mit denen irgendein Investor Kasse macht. Mit der Anlage in Fuchstal konnten wir in den ersten sieben Jahren 85 Prozent der Investitionssumme ausschütten. Das sind im Schnitt rund zwölf Prozent.

Wie hat sich die Beteiligung bei Ihnen in der Gemeinde entwickelt?

Karg: 2015 – bei der ersten Anlage – waren unsere Bürger bei der Zeichnung von Anteilen noch zurückhaltend: Nur 20 haben mitgemacht. 2022 – bei der zweiten Anlage – haben 250 gezeichnet. Das Modell hat sich offensichtlich bewährt. Es gab auch bei der zweiten Ausbaustufe keine Proteste mehr. *Interview: Uwe Bächer und Thomas Wiedemann (Pon-schab + Partner – Kanzlei für Mediation und Konfliktlösung)*